

Jahrgang 73, 2024, Heft 2 – Inhalt

EDITORIAL	123
ONLINE-ARCHIV	
Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus	126
MEINUNG	
<i>Michael Koß</i> Als wir das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten wir die Zahl der Beauftragten – oder etwa doch nicht? Zum strategischen Aktivismus der Ampelkoalition	127
<i>Johannes Varwick</i> ,Kriegstüchtigkeit‘ als neues Paradigma deutscher Verteidigungspolitik?	135
AKTUELLE ANALYSE	
<i>Jakob Wiedekind</i> ,The new normal‘: Warum die Republikanische Partei Trumps Partei bleibt, obwohl er 2020 verloren hat	143
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Roland Sturm</i> Sind Subventionen sinnvoll?	149
FACHAUFSÄTZE	
<i>Henning Wilts, Giacomo Sebis, Marleen Bickenbach</i> Der Versuch einer globalen Plastikwende – der Entstehungsprozess des UN Plastic Treaty	155
<i>Christoph Wolf</i> Antisemitismus in den Vorstellungen von Politiklehrkräften – Antisemitismuskritischer Politikunterricht braucht antisemitismuskritische Lehrkräfte	167
<i>Sebastian Thieme</i> Mythos Adam Smith	179

Achim Brunnengräber

30 Jahre UN-Klimaverhandlungen – 30 Jahre nur geredet? 190

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Edmund Budrich

Das Bürgergeld 203

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Christian Fischer

„Wirtschaftsordnungen“ – Ein Schlüsselkonzept zur Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher Bildung und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.... 213

Gabriele Danninger

Didaktik der „Friedensbildung“ im Kontext der Zeitenwende. Befunde – Herausforderungen – Perspektiven..... 225

DAS BESONDERE BUCH

Klaus Brummer

Über: Herfried Münkler (2023): Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert 237

REZENSIONEN

Klaus Barbeier

Joachim Detjen: Demokratische Streitkultur in Zeiten politischer Polarisierung 243

Sibylle Reinhardt

Siegfried Frech/Robby Geyer/Monika Oberle: Kontroversität in der Politischen Bildung 244

Autorinnen und Autoren 245

Als wir das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten wir die Zahl der Beauftragten – oder etwa doch nicht?

Zum strategischen Aktivismus der Ampelkoalition

Michael Koß

In jüngster Zeit haben die Beauftragten der Bundesregierung¹ zunehmende Aufmerksamkeit auf sich gezogen, auch die des Verfassers dieses Beitrags (Koß 2022).² Grund für dieses Interesse war vor allem der sprunghafte Anstieg der Zahl der Beauftragten, der sich im letzten Jahr fortsetzte. Hatte die Bundesregierung Mitte 2021 noch 28 Beauftragte eingesetzt, so stieg diese Zahl seit Übernahme der Regierungsgeschäft durch die Ampelkoalition auf 45³. Wie lässt sich dieser Anstieg erklären? Wie erfolgversprechend ist es, immer mehr Regierungsvorhaben an Beauftragte zu delegieren? Lassen sich Bedingungen für den Erfolg oder Misserfolg dieser Strategie identifizieren? Zur Beantwortung dieser Frage kann der vorliegende Beitrag nur erste Hinweise liefern. Um es vorwegzunehmen: Dieses Unterfangen läuft wie so oft in sozialwissenschaftlichen Analysen auf ein „sowohl-als-auch“ hinaus. Insbesondere diejenigen Beauftragten der Bundesregierung mit einem eindeutig umrissenen, ihre jeweiligen Kabinettsmitglieder unterstützenden Auftrag sowie einschlägiger Vorerfahrung und institutionellem Prestige jenseits des Beauftragtenamtes lassen durchaus auf strategisches Handeln der Bundesregierung in Zeiten der Polykrise schließen. Je mehr dieser Bedingungen allerdings fehlen, desto eher handelt es sich um Beispiele für Aktivismus im Regierungshandeln. Da beide Muster – Strategie und Aktivismus – ebenso wie Mischformen auffindbar sind, lässt sich die Inflation der Beauftragten als Anzeichen für einen „strategischen Aktivismus“ der Bundesregierung interpretieren.



Prof. Dr. Michael Koß

Professur für das politische System Deutschlands und der EU,
Leuphana Universität Lüneburg

„Kriegstüchtigkeit“ als neues Paradigma deutscher Verteidigungspolitik?

Johannes Varwick

Wir leben in einer Ära der Gewalt in den internationalen Beziehungen – inwieweit das neu ist, darüber lässt sich streiten: Jedenfalls gibt es zu Beginn des Jahres 2024 eine Zahl, Intensität und Dauer von bewaffneten Konflikten wie seit 1990 nicht mehr. Der damalige Außenminister Steinmeier (2015) konstatierte, die Welt sei „aus den Fugen“; ein Jahrzehnt später muss man 2024 wohl eher sagen: Die Welt steht in gewisser Weise in Flammen. Neben den die westlichen Öffentlichkeiten bestimmenden Krisenherden Ukraine und Nahost gilt dies für massive Gewalt etwa im Süd-Kaukasus oder im Jemen, im Sudan ebenso wie in Äthiopien, und der Militärputsch in Niger war der sechste Staatsstreich in der Sahelzone seit 2020, betroffen davon war auch die gescheiterte Bundeswehrmission in Mali. So zeigt etwa der „Global Peace Index“ (Institute for Economics and Peace 2023), dass die Welt 2023 zum 13. Mal in den vergangenen 15 Jahren weniger friedlich geworden ist.

Mit dem überstürzten Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im August 2021 nach einer mehr als 20 Jahre andauernden massiven Präsenz – wer redet heutzutage noch darüber – war insofern ein Wendepunkt erreicht, als dass zunehmend kritisch diskutiert wurde, ob sich mit militärischem Engagement andere Staaten stabilisieren und die teils hochgesteckten politischen Ziele von Regimewechsel bis Demokratisierung erreichen lassen (Varwick 2021). Die langen zwei Dekaden der Interventionen, die mit dem Afghanistan-Krieg 2001 begonnen hatten und mit desaströsen Ergebnissen etwa im Irak 2003 und in Libyen 2011 fortgesetzt wurden, waren insofern mit dem Abzug aus Afghanistan an ihr Ende gekommen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 ist dann abermals eine Zeitenwende eingetreten, die so gut wie alle sicherheitspolitischen Gewissheiten der vergangenen Jahre auf den Kopf stellt.



Prof. Dr. Johannes Varwick

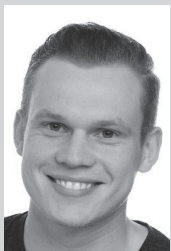
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

„The new normal“: Warum die Republikanische Partei Trumps Partei bleibt, obwohl er 2020 verloren hat

Jakob Wiedekind

Die Vorwahlergebnisse haben im Frühling des Wahljahres unterstrichen, was nicht erst seit den gewaltvollen Versuchen eine demokratische Wahl im Januar 2021 zu kippen, feststeht. Die Republikanische Partei ist nahezu gänzlich Trumps Partei. Ein Mann, der seine letzte politische Herausforderin Nikki Haley aus der eigenen Partei als „Birdbrain“ verunglimpfte und erkennbar das Ziel verfolgt, seine eigene Macht in den USA auf autokratische Weise auszubauen, wurde erneut Präsidentschaftskandidat. Warum blieb Trump so einflussreich, obwohl er 2020 gegen Joe Biden verlor? Während im amerikanischen politischen System vieles besonders ist, so ist es auch dort äußerst ungewöhnlich, dass ein geschlagener Kandidat ohne wirklichen Widerstand von der eigenen Partei vier Jahre später erneut aufgestellt wird. Dass ein amtierender US-Präsident eine Wahl verliert und danach erneut Kandidat der gleichen Partei wird, kam in den USA nur Ende des 19. Jahrhunderts mit Grover Cleveland vor. Wir erleben in den USA also eine absolute Seltenheit, die gewissermaßen Bände über den Zustand der amerikanischen Demokratie spricht. Es scheint „the new normal“ zu sein, dass Trumps Kontrolle über die Republikanische Partei, wie auch über seine von Ängsten vor sozialem Statusverlust geprägte und prädominant weiße sowie evangelikale Wählerschaft, unangefochten ist.¹

Der Beitrag argumentiert, dass drei zusammenwirkende Faktoren entscheidend sind: Die affektive Polarisierung, die Verlockung rechtspopulistischer Botschaften in einem fragmentierten Mediensystem und die Triebfedern von Radikalisierung in einem dysfunktionalen politischen System. Zusammengenommen liefern diese drei Faktoren eine plausible Erklärung dafür, warum Trumps Vormachtstellung auch von



Dr. Jakob Wiedekind

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Leibniz Universität Hannover und Postdoktorand am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen.

Sind Subventionen sinnvoll?

Roland Sturm

1. Subventionen sind akzeptiert

Subventionen sind selten Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Wie eine der wenigen politikwissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema treffend feststellte: „Dort wo Subventionspolitik als Subventionspolitik thematisiert wird, kann über sie zwar reflektiert, nicht jedoch entschieden werden. Dort dagegen, wo die konkreten subventionspolitischen Entscheidungen fallen, wird tunlichst vermieden – so weit dies möglich ist – Subventionsentscheidungen als Subventionspolitik zu deklarieren.“⁴¹ Es herrschen Euphemismen vor, wie Finanzhilfen, Investitionszuschüsse oder Mittelförderung. Ein „umfassender Subventionsabbau“⁴² wird zwar regelmäßig gefordert, hat aber noch nie stattgefunden. Auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung heißt es in diesem Sinne: „Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen.“⁴³

Subventionen sind staatliche Leistungen zugunsten von einzelnen oder Gruppen von Marktteilnehmern. Anders als Sozialleistungen dienen sie nicht dazu, Fehlentwicklungen des Marktes, zum Beispiel bei der Sicherung von Standards unter

anderem bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, abzufedern. Subventionen sind Versuche, die Wirtschaft nach politischen Vorgaben zu lenken. Wenn Subventionen gewährt werden, ist dies eine politische Entscheidung. Die politische Entscheidung betrifft den Zeitpunkt, den Zeitraum und den Umfang einer Subvention. Sie schafft den Subventionsempfängern im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsteilnehmern einen Vorteil. Das heißt, Subventionen verzerren den Wirtschaftswettbewerb und sind theoretisch mit der Logik des Marktes, sofern diese auf dem Gedanken der vollständigen Konkurrenz beruht, nicht vereinbar.

Deutschland ist Teil des europäischen Binnenmarktes. Für diesen gilt Artikel 107, Satz 1, des Lissabon-Vertrages von 2009 (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV). Dieser lautet: „Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.“ Letzteres ist faktisch so gut wie immer der Fall. Artikel 108, Absatz 1 (AEUV), beauftragt die Europäische Kommission mit der Subventionskontrolle.



Prof. i. R. Dr. Roland Sturm

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft und GWP-Herausgeber

Der Versuch einer globalen Plastikwende – der Entstehungsprozess des UN Plastic Treaty

Henning Wilts, Giacomo Sebis und Marleen Bickenbach

Zusammenfassung

Die zunehmende Verschmutzung der Umwelt durch Kunststoffabfälle führt zu dramatischen ökologischen Problemen und Gefahren für die menschliche Gesundheit – und dies auf globaler Ebene. Vor diesem Hintergrund verhandelt die Weltgemeinschaft gerade einen globalen Plastikvertrag. Im November 2023 fand die dritte Verhandlungsrunde in Nairobi statt und die Ergebnisse zeigen die fundamental unterschiedlichen Herangehensweisen verschiedener Staaten: Die entstehenden Schäden reparieren oder zukünftige Risiken minimieren.

1. Einleitung, Struktur und Fragestellungen

Angesichts einer sich immer deutlicher abzeichnenden Katastrophe durch die globale Verschmutzung mit Plastikabfällen haben die Vereinten Nationen einen in dieser Form einzigartigen Prozess zur Entwicklung eines Abkommens zur Beendigung der Plastikverschmutzung gestartet. Hier zeichnet sich zur Halbzeit dieses Verhandlungsprozesses ab, dass sich die Staatengemeinschaft in der Notwendigkeit drastischer Maßnahmen durchaus einig ist – bei den geeigneten Ansatzpunkten aber sehr unterschiedliche Sichtweisen herrschen. Mit Blick auf die faktische Notwendigkeit einer Einstimmigkeit für den finalen Abschluss eines solchen verbindlichen Vertragswerks gilt es daher, diese unterschiedlichen Positionen und ihre Begründungen nachvollziehen zu können, um daraus Vorschläge für die Gestaltung des weiteren Verhandlungsprozesses ableiten zu können.



Prof. Dr. Henning Wilts

Abteilungsleiter der Abteilung für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut

Vertretungsprofessur für Circular Economy an der HafenCity Universität Hamburg

Giacomo Sebis, Ass. iur

Researcher in der Abteilung für Kreislaufwirtschaft des Wuppertal Instituts

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Marleen Bickenbach

wissenschaftliche Hilfskraft in der Abteilung für Kreislaufwirtschaft des Wuppertal Instituts

Ziel dieses Beitrags ist es, zum einen nochmals die Dimension der Herausforderung zu verdeutlichen. Mit Blick auf die Herstellung und Nutzung steht die Weltgesellschaft vor einem Dilemma:

Es geht weder ganz ohne Kunststoff, noch wäre eine Fortführung unseres heutigen Umgangs mit Plastik ökologisch tragbar und sozial akzeptabel, Kapitel 2 fasst hierzu den Status Quo und insbesondere die trotz der großen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema dramatischen Prognosen zusammen. Kapitel 3 bis 6 geben dann einen Überblick über den Verhandlungsprozess und den dort gewählten Ansatz, erstmals in der Menschheitsgeschichte einen so komplexen Stoffstrom wie Kunststoff umfassend steuern zu wollen. In Kapitel 7 werden dann die Positionen ausgewählter Ländergruppen dargestellt, die hier wie angedeutet – aus ganz unterschiedlichen Gründen – stark voneinander abweichen: Einerseits fokussiert auf klassischen, nachsorgenden Umweltschutz; andererseits mit dem Ziel einer lebenszyklusweiten Optimierung des Gesamtsystems Kunststoff. Das abschließende Kapitel 8 zieht daraus erste Schlussfolgerungen sowohl für Erfolgsfaktoren eines ausreichend ambitionierten Vertragswerks als auch mit Blick auf den weiteren Forschungsbedarf. Die hier dargestellten Analysen beruhen auf der Teilnahme des Wuppertal Instituts als akkreditierter Beobachter am Verhandlungsprozess, der Auswertung der zahlreichen Hintergrunddokumente und verschiedener vor Ort geführter Hintergrundgespräche. Auch wenn die Veröffentlichung des Abschlussdokuments erst für 2025 angekündigt wurde, ergeben sich schon jetzt spannende Einsichten, die über das konkrete Thema Kunststoff hinaus von Relevanz sein könnten.

2. Ausmaß der globalen Plastikverschmutzung

Fakt ist, dass die aktuellen Produktions- und Nutzungsmuster von Plastik zu massiven Umweltverschmutzungen führen, deren langfristige Konsequenzen erst nach und nach klar werden. Analysen der OECD haben gezeigt, dass jährlich ca. 22 Mio. Tonnen Plastikabfälle unkontrolliert in der Umwelt landen und dort vor allem maritime Ökosysteme belasten. Dennoch hat sich die weltweite Plastikproduktion in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt und selbst optimistische Szenarien gehen von einer weiteren Verdopplung bis 2050 aus. Dabei werden aktuell nur ca. 10% der Plastikabfälle recycelt, die restlichen 90% der Abfälle werden entweder verbrannt oder landen überwiegend auf Mülldeponien, von denen sie dann häufig durch Wind und Regen doch in Seen und Flüssen landen. Tatsächlich ist aktuell der überwiegende Anteil an Einträgen von Plastikabfällen in Flüsse und Meere auf nur wenige Länder zurückzuführen, insbesondere südostasiatische Schwellenländer, in denen es noch keine ausreichend regulierten Mülldeponien gibt. Wer hier jedoch die Verantwortung allein bei diesen Ländern sucht, verkennt unter anderem die Dimensionen des internationalen Handels mit Plastikabfällen. Der Müllexport hängt auch mit den spezifischen Eigenschaften mancher Plastikprodukte zusammen. Dabei zeigt das Beispiel Deutschland, dass selbst wenn Plastikabfälle einem geordneten Recycling zugeführt werden, viele dieser Produkte faktisch nicht sinnvoll recycelt werden können: Sogenannte Multilayer-Verpackungen bestehen aus einer Vielzahl

Antisemitismus in den Vorstellungen von Politiklehrkräften – Antisemitismuskritischer Politikunterricht braucht antisemitismuskritische Lehrkräfte

Christoph Wolf

Zusammenfassung

Auf Grundlage einer qualitativen Interviewstudie wird untersucht, welche Vorstellungen Politiklehrkräfte von Antisemitismus haben. Dabei zeigen sich vereinzelt Fragmente von israelbezogenem und schuldabwehrendem Antisemitismus sowie unterschiedliche Formen von Externalisierung. Daran anknüpfend werden Empfehlungen für eine mündigkeitsorientierte und antisemitismuskritische Aus- und Weiterbildung diskutiert.

Einleitung

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen brutalen Terroranschlag, bei dem über 1300 Menschen ermordet wurden. Dabei handelte es sich um das größte antisemitische Massaker seit dem Holocaust, in dessen Folge es auch zu einem extremen Anstieg antisemitischer Straftaten in Deutschland kam. Laut RIAS, der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus, ließen sich in den ersten „34 Tagen seit Kriegsbeginn 29 antisemitische Vorfälle pro Tag in Deutschland“ dokumentieren (RIAS 2023: 4). 2022 waren es im Jahresdurchschnitt ungefähr sieben Vorfälle pro Tag. Der Alltag und das alltägliche Erleben von Jüdinnen*Juden hat sich damit massiv verändert (ebd.).

Vor diesem Hintergrund wird die Frage, was gegen Antisemitismus unternommen werden kann, aktuell umso dringlicher diskutiert. Konsens besteht darüber,



Prof. Dr. Christoph Wolf

Soziale Arbeit im Dualen Studium, IU Internationale Hochschule,
Campus Hannover.

dass ein Zusammenspiel aus Prävention, Intervention und Repression zielführend ist (Salzborn/Kurth 2019). Bildungsmaßnahmen können in dieser idealtypischen Unterteilung auf der Ebene der Prävention verortet werden.¹ Die Schule steht hierbei besonders im Fokus. Neben der Tatsache, dass Schüler*innen bedingt durch die Schulpflicht systematisch adressiert werden können, geht aus sozialisationstheoretischer Perspektive damit auch die Erwartung einher, dass sich bei Jugendlichen noch keine geschlossenen, antisemitischen Weltbilder verfestigt haben und Bildungsangebote entsprechend präventiv wirksam werden (Schäuble/Scherr 2007).

Bei der Bekämpfung von Antisemitismus wird der politischen Bildung eine besondere Bedeutung beigemessen. Ihr kommt grundsätzlich die Aufgabe zu, Schüler*innen dazu zu befähigen, sich als mündige Bürger*innen an der demokratischen Ausgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen (Lange 2008). Antisemitismus als menschenfeindliche Ideologie ist daher auch unabhängig von tagespolitischen Ereignissen ein Thema der Politischen Bildung. Gleichzeitig ist der Politikunterricht durch seinen Gegenwartsbezug dazu prädestiniert, aktuelle Erscheinungen und Vorfälle von Antisemitismus aufzugreifen, so auch die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023. Spätestens hier sollte hinterfragt werden, wie die Lehrkräfte selbst auf das Thema Antisemitismus blicken. Antisemitismus spielt in der Aus- und Weiterbildung der Politiklehrkräfte eine untergeordnete Rolle, sich damit auseinanderzusetzen hängt in erster Linie von der Eigeninitiative der Lehrkraft ab (Wolf 2023). Dennoch müssen Lehrkräfte – gerade auch in angespannten Situationen wie während des Gaza-Krieges 2023/24 – in der Lage sein, Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen zu erkennen und zu durchdringen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Antisemitismus oder antisemitische Vorfälle im Politikunterricht und in der Schule unzureichend thematisiert und aufgearbeitet werden. Es entsteht das akute Risiko, dass antisemitische Narrative übersehen, rationalisiert oder gar reproduziert und jüdische Schüler*innen nicht angemessen geschützt werden.

Daher soll im folgenden Aufsatz auf Grundlage einer qualitativ-empirischen Interviewstudie mit Politiklehrkräften der Frage nachgegangen werden, was Politiklehrkräfte unter Antisemitismus verstehen und welche Erfahrungen sie mit dem Thema in der Schule und im Fachunterricht gemacht haben. Die Erhebung der Daten fand einige Jahre vor dem 7. Oktober 2023 statt, dennoch lassen sich die Erkenntnisse auf das Jahr 2024 übertragen.

Theoretischer Rahmen und Methodik

Ziel der Studie war die Analyse der subjektiven Vorstellungen und Erfahrungen von Politiklehrkräften zum Thema Antisemitismus. Grundlegend ist hierfür Dirk Langes Konzept des Bürgerbewusstseins, das als die „Gesamtheit der mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit“ definiert wird (Lange 2008: 433). Unter Vorstellungen sind Gedanken zu einem Thema oder Phänomen zu verstehen, die sich in der Interaktion und Auseinandersetzung mit der Umwelt herausbilden, Orientierung bieten und damit subjektiv sinnstiftend sind (Kattmann 2005: 166). Damit fungieren Vorstellungen als eine Art Filter, der Einfluss darauf nimmt, ob und wie (neue) Informationen verarbeitet und bewertet wer-

Mythos Adam Smith¹

Sebastian Thieme

Zusammenfassung: Adam Smith gilt vielen Fachleuten ‚der‘ Ökonomik als Begründer ihrer Disziplin. Doch sein Werk ist komplex und lässt Raum für Interpretationen. Dort setzt der vorliegende Beitrag an. Es wird die Ambivalenz des Denkens von Adam Smith sowie die Ambivalenz im Umgang mit ihm thematisiert. Dazu wird diskutiert, wie Adam Smith in modernen VWL-Lehrbüchern in marktaffirmativen Narrativen eingewoben sein kann. Der ambivalente Umgang mit Adam Smith gibt am Ende des Beitrags einen Anlass, um kritisch auf die Bedeutung der ökonomischen Ideengeschichte in der modernen Ökonomik zu blicken.

Der Name Adam Smith wird heute wohl vor allem an das berühmte Stecknadelbeispiel für die Effekte der Arbeitsteilung oder an die „unsichtbare Hand“ (des Marktes) denken lassen. Vielen Fachleuten der Ökonomik dürfte der 1723 geborene schottische Moralphilosoph zumindest als Gründungsvater ihrer Disziplin bekannt sein. Smiths Schaffen umfasst den populären *Wealth of Nations* (Wohlstand der Nationen) und die *Theory of Moral Sentiments* (Theorie der ethischen Gefühle), aber auch „Essays über philosophische Gegenstände“ und die Vorlesungen über Rhetorik und Jurisprudenz. Smiths Texte sind vielschichtig und können auch heute noch mit Gewinn gelesen werden. Doch wer das tut, wird eine gewisse Ambivalenz entdecken, die Smith einerseits als Kritiker von heute als wirtschaftsliberal und wirtschaftstheoretisch sehr eng gefasst erscheinenden Perspektiven auftreten lässt, ihn aber andererseits ebenso für eine marktfundamentalistische Vereinnahmung offenhält. Deshalb verwundert es nicht, dass Smith missverstanden, verklärt und einseitig vereinnahmt werden konnte.



Dr. Sebastian Thieme

promovierter Volkswirt, seit 2023 wissenschaftlicher Referent (Ökonomie)
an der Katholischen Sozialakademie Österreichs

Mythos „unsichtbare Hand“

Ein Problem im Umgang mit Adam Smith besteht in der Frage, inwiefern der *Wealth of Nations*, der 1776 in London erschien, unter Berücksichtigung der *Theory of Moral Sentiments*, die erstmals bereits 1759 publiziert wurde, gelesen werden müsse. Damit ist das sogenannte *Adam-Smith-Problem* gemeint. Aus einer ideengeschichtlichen Perspektive legt es eigentlich bereits die Chronologie der Entstehung und Publikation nahe, beide Bücher im Zusammenhang zu lesen. Auch Gerhard Stremlinger plädiert in seiner Smith-Biographie (2017) dafür. Das zu tun, hat dann zur Konsequenz, das von Adam Smith thematisierte Eigeninteresse im *Wealth of Nations* im Lichte der *Theory of Moral Sentiments* als *aufgeklärtes Eigeninteresse* zu lesen. Mit dem aufgeklärten Eigeninteresse ist gemeint, dass es den Menschen durchaus um das eigene Wohlergehen geht, dieses Interesse um sich selbst aber in den sozialen Kontext gestellt ist und von anderen Menschen, den Sozialbeziehungen, den moralischen Vorstellungen und dem eigenen Gewissen abhängt. Bei Adam Smith gibt es dazu mindestens zwei Momente, die in der Literatur thematisiert werden: Erstens die „sympathy“ bzw. das, was heute *Empathie* genannt wird, und zweitens den Wunsch nach Liebenswürdigkeit, der die Menschen die Rolle eines unparteiischen Beobachters einnehmen lässt.

Die „sympathy“ steht für die „Anteilnahme an der Situation anderer“ (Stremlinger 2017: 67), d.h. dass der handelnde Mensch nur jene Dinge tut, die er selbst an Stelle anderer in ähnlicher Situation als „angemessen“ einschätzen, billigen bzw. als zumutbar empfinden würde (siehe dazu ausführlich Stremlinger 2017: 67-76). Dabei ist für Smith vor allem der Gerechtigkeitssinn (bzw. das „Vergeltungsgefühl“) von zentraler Bedeutung. Dieser richtet sich nicht nur gegen andere, sondern auch *gegen sich selbst* und sorgt in diesem Sinne für *Gewissensbisse*, falls ein Mensch ungerecht handelt (Stremlinger 2017: 71). Mit dem zweiten Moment, der *Liebenswürdigkeit*, verbindet sich die Frage, ob ein Mensch „zu Recht Gegenstand der Zustimmung und Zuneigung anderer“ (Stremlinger 2017: 76-77) ist. Diese Frage ließe sich nicht durch Parteilichkeit beantworten, sondern Liebenswürdigkeit komme einem ‚gerechten‘ Menschen zu, der unparteilich ‚das Richtige‘ erkennt: „Erst mithilfe einer solch objektiven Betrachtungsweise [...], die uns und unsere Interessen auf die gleiche Ebene mit anderen stellt, können wir letztendlich erkennen, was richtig ist und was nicht, unabhängig von unserer subjektiven Befindlichkeit.“ (Stremlinger 2017: 77) Tatsächlich sei es der Wunsch, nicht einfach nur von anderen wertgeschätzt zu werden, sondern der Liebe der anderen auch wert zu sein, der die Menschen die Position des neutralen Beobachters einnehmen lässt (Stremlinger 2017: 78). Dieser bewusst bezogenen neutralen Perspektive mag etwas Ungelesiges anhaften, gleichzeitig wird sich bei moralisch handelnden Menschen erst dann ein wirkliches Glücksgefühl einstellen, wenn sie davon überzeugt sind, dass ihr Verhalten auch tatsächlich der Liebe der anderen wert ist. Knapp auf den Punkt gebracht heißt es dazu bei Stremlinger (2017: 78): „Moralische Menschen bemühen sich um Unparteilichkeit und Fairness, und das Motiv, sich so zu verhalten, ist der natürliche Wunsch, *liebenswert* zu sein.“

30 Jahre UN-Klimaverhandlungen – 30 Jahre nur geredet?

Narrative prägen schon immer die internationale Klimapolitik der Vereinten Nationen, so auch die Konferenz 2023 in Dubai

Achim Brunnengräber

Zusammenfassung

Über die internationalen Klimaverhandlungen der UN in den letzten 30 Jahren lässt sich ein roter Faden ziehen: sie waren schon immer geprägt von Narrativen, Hoffnungen und starken Worten. Zum Ende jeder Konferenz wurde der „historische Durchbruch“ verkündet; so auch bei der Klimakonferenz Ende 2023 im Ölparadies Dubai. Diesmal wurde die „Abkehr“ vom Fossilismus gefeiert. Aber tragen solche Narrative auch zur Reduktion der Treibhausgase bei? Eine kleine „Diskursgeschichte“ von 1994 bis 2024 soll zeigen, warum die Klimakonferenzen getriebene des kapitalistischen Gesellschafts- und Wachstumsmodells sind und nicht der Impulsgeber für die erforderliche sozial-ökologische Transformation.

Einleitung

Verwundert oder irritiert war niemand darüber, dass sich 200 Staaten bei der Klimakonferenz 2023 in Dubai/Vereinigte Arabische Emirate (VAE), auf eine „Abkehr von der fossilen Energie“ verständigt haben. Im Gegenteil: Von einer „exzellenten Klimadiplomatie“ sprach die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP. Und das, obwohl bei der 28. internationalen Klimakonferenz (*Conference of the Parties, COP 28*) nur die „Abkehr“ (*transitioning away from fossil fuels*) und nicht der „Ausstieg“ (*fossil fuel phase-out*) ins Abschlussdokument aufgenommen wurde. Verwunderung hätte es in Dubai aber darüber geben können, dass – wenn auch mit anderen Worten – nur das wiederholt wurde, was bereits in der Klimarah-



PD Dr. Achim Brunnengräber¹, Politikwissenschaftler

Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut,
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

menkonvention, die 1994 in Kraft trat, die Kernbotschaft war. Dort wurde bereits als Ziel die „Verringerung oder Verhinderung anthropogener Emissionen [...] in allen wichtigen Bereichen namentlich Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Abfallwirtschaft“ genannt (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC, Art. 4). Vor allem die erdölproduzierenden Länder aber auch viele Industrieländer sorgten damals dafür, dass „fossile Brennstoffe“ in der Konvention nur dann Erwähnung fanden, wenn zugleich auch deren Notwendigkeit und Nutzen betont wurde. Das war 30 Jahre später in Dubai nicht anders.

Im Übrigen wurde die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bereits beim G7-Gipfel 2015 in Elmau überschwänglich gefeiert. Nun ist dieser unverbindliche Begriff in abgeschwächter Form als „Abkehr“ auch in der internationalen Klimadiplomatie angekommen. Insofern kann die COP 28 lediglich als (weiterer) diskursiver Erfolg gefeiert werden, „der Beginn des Endes des fossilen Zeitalters“ (Germanwatch 2023) wurde dort mit Sicherheit nicht eingeleitet. Allein die vielen „Durchbrüche“ bei etlichen Klimakonferenzen lassen schon Zweifel aufkommen. Können Narrative wie „Abkehr“, „Negativemissionen“ oder „Klimaneutralität“ nicht auch als Formen von Greenwashing angesehen werden? Die Begriffe transportieren politische Botschaften und bestimmte Interessen, deren Zielrichtung erst auf den zweiten Blick deutlich werden.² Damit wird nicht in Frage gestellt, dass Narrative auch wirkmächtig werden und zum Klimaschutz beitragen können, aber viel öfter erweisen sie sich als maximal beschwichtigend oder verzögernd. Sie inszenieren den scheinbaren Erfolg und lenken vom eigentlichen Problem ab.³ Deshalb lohnt sich der genaue Blick auf 30 Jahre Klimadiplomatie und die Ergebnisse der COP28 in Dubai aus einer diskursgeschichtlichen Perspektive.

1. Das globale Klimanarrativ

Im Anthropozän oder der Epoche der Menschheit, wie das neue Erdzeitalter auch genannt wird, werden die komplexen Wechselverhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur im Gesamtsystem Erde betrachtet. Unzweifelhaft ist dabei, dass der Mensch als planetare Gewalt (*planetary force*) das Klima verändert, den Verlust an biologischer Vielfalt mit verursacht oder zum Waldsterben oder der Wüstenbildung beiträgt. Aus dieser Globalbetrachtung und der Vorstellung, dem Problem könne nur mit gemeinsamen globalen Anstrengungen begegnet werden, wird die Verantwortung der Weltgemeinschaft und die Notwendigkeit internationaler Verhandlungen abgeleitet, wie sie bei den UN-Klimakonferenzen regelmäßig geführt werden. Das globale Klimanarrativ dient auch zur Begründung marktwirtschaftlicher Instrumente wie des Emissionshandels, der im internationalen Maßstab noch nie und in der Europäischen Union erst spät und unzureichend funktioniert hat. Dafür sorgten die vielen „Schlupflöcher“ (Altvater/Brunnengräber 2008), die volatile Preisentwicklung oder die soziale Ungerechtigkeit, die im Handelssystem angelegt sind. In Deutschland ist das Bau- und Verkehrswesen davon ausgenommen.⁴ Der Ausstoß von Emissionen stagniert dort auf hohem Niveau (New Climate Institute 2023, Expertenrat für Klimafragen 2023).

Das Bürgergeld

Edmund Budrich

Seit Beginn des Jahres 2023 ist das Bürgergeldgesetz in Kraft. Um dieses wurde vor seiner Einführung und wird danach bis heute – Tag der Drucklegung dieser Ausgabe von GWP – heftig gestritten.

Wer streitet und worum?

Die Reforminitiative kommt von der regierenden Ampel-Koalition. Unterstützt wird sie generell aus der linken Richtung, aber auch von Verbänden wie dem Sozialverband VdK und von Wissenschaftlern. Die Angriffe kommen von der Opposition, also der Union, von einzelnen Bundesländern und von Kreisen der Wirtschaft.

Gestritten wird um die Auswirkungen der Reform auf Großfragen wie Arbeitslosigkeit, Arbeitskräftemangel, Wirtschaftsentwicklung und um die Kosten.

Der Streit entzündet sich aber nicht an Gesamtbewertungen, sondern er geht auf einzelne Regelungen des Gesetzes ein. Und an dieser Stelle wird deutlich, dass es bei der Reform um die Menschen geht.

Was ist das Bürgergeld?

Das Bürgergeld ist rechtlich eine Zusammenfassung von Arbeitslosengeld und Sozialunterstützung. Diese Leistungen des Staates erhält jemand, der zum Beispiel seine Arbeit verloren hat und daraufhin keine ausreichenden Mittel für seinen und seiner Familie Lebensunterhalt mehr hat.

Das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Absatz 1 GG erteilt dem Gesetzgeber den Auftrag, ein menschenwürdiges Existenzminimum tatsächlich zu sichern. Wie und



Edmund Budrich
GWP-Herausgeber

„Wirtschaftsordnungen“ – Ein Schlüsselkonzept zur Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher Bildung und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)

Christian Fischer

1. Die Suche nach Verknüpfungen

Sozialwissenschaftliche Bildung steht vor der Aufgabe, Schnittstellen zur Konzeption „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) zu finden und bildungswirksam zu machen, weil BNE immer mehr als Querschnittsaufgabe in den Lehrplänen der entsprechenden Fächer (je nach Bundesland Sozialkunde, Politik-Wirtschaft, Gemeinschaftskunde etc.) verankert wird. Zudem haben Nachhaltigkeitsfragen einen hohen Aktualitäts- und Zukunftsbezug, den die sozialwissenschaftliche Bildung nicht ignorieren kann. Neben den Chancen und Risiken einer solchen Verknüpfung (vgl. Fischer 2023; Hemkes/Rudolf/Zurstrassen 2022) ist vor allem darüber nachzudenken, in welchen Inhalten gemeinsame Schnittstellen liegen. Daran schließt sich zugleich die Frage an, *wie* sich verbindende Konzepte, sobald sie gefunden wurden, in einen sozialwissenschaftlichen Unterricht, der dem Anspruch folgt, nachhaltigkeitsorientiert zu sein, thematisieren lassen. Die Fachlichkeit des Unterrichts bestimmt sich nämlich nicht allein über die Auswahl von Inhalten, sondern auch über die Art und Weise ihrer Er- und Bearbeitung und die damit verbundene Form der Weltbegegnung (vgl. Reh/Pieper 2018; Reh/Caruso 2020). Es macht einen großen Unterschied, ob die Weltbegegnung im Unterricht entdeckend-reflektierend oder einordnend-rezipierend ausfällt. Die Suche nach Verknüpfungen muss folglich alle Ebenen der Fachlichkeit miteinbeziehen.¹



Dr. Christian Fischer

Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt, Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Der vorliegende Beitrag richtet sich an der These aus, dass „Wirtschaftsordnungen“ ein Schlüsselkonzept zur Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher Bildung und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) sein können. Diese These gilt es im Folgenden zu belegen. Anschließend wird am Beispiel des Planspiels „Wirtschaftsordnungen“ (Fischer 2018) reflektiert, *wie* sich eine solche Verknüpfung im Unterricht gestalten lässt. Die Frage nach der fachlichen Passung beider Bildungskonzeptionen wird hier am konkreten Unterrichtsbeispiel beleuchtet und diskutiert.

2. „Wirtschaftsordnungen“ als verbindendes Schlüsselkonzept

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) richtet sich an der Leitidee der Nachhaltigkeit aus. Nachhaltigkeit beschäftigt sich mit der Frage eines guten Lebens in Gegenwart und Zukunft. Den Menschen in der Gegenwart soll ein Leben nach ihren Bedürfnissen ermöglicht werden, jedoch so, dass ein solches auch für zukünftige Generationen erreichbar (und nicht verstellt!) bleibt. Das Verständnis von Nachhaltigkeit greift dabei über rein ökologische Fragestellungen hinaus. Es verbindet vielmehr die drei Dimensionen „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Gesellschaft“ (vgl. Stiftung Zukunftsrat/Baustelle Zukunft 2018: 45-46). Diese sind nach dem Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung vernetzt zu denken (Grundsatz der Retinität). Den drei Dimensionen lassen sich die folgenden Leitfragen zuordnen:

- Ökologie: Wie lassen sich die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und erhalten?
- Wirtschaft: Wie lassen sich Bedürfnisbefriedigung und Wohlstand erreichen und sichern?
- Gesellschaft: Welche Bedürfnisse und Lebensstile gibt es? Wie lässt sich ein sozial gerechtes Zusammenleben gestalten?

„Wirtschaftsordnungen“ werden im Folgenden nicht als real existente Ordnungsgefüge, sondern als theoretische Ordnungsmodelle und damit als Ideen des sozioökonomischen Ordnungsdenkens gefasst (vgl. Fischer 2018: 21-22). Als Beispiele wären hier die Freie Marktwirtschaft, die Sozialistische Planwirtschaft, die Soziale Marktwirtschaft, die Sozialistische Marktwirtschaft oder Commons-Modelle zu nennen. Als sozioökonomische Ordnungsmodelle können sie jedoch die politische Aus- und Umgestaltung der realen Wirtschaftsordnung eines Gesellschaftswesens anleiten.²

Alle Wirtschaftsordnungen transportieren in ihrem jeweils angedachten Ordnungsgefüge spezifische Lösungsvorschläge für die oben aufgeworfenen Leitfragen. Ihre Lösungsvorschläge lassen sich also den Nachhaltigkeitsdimensionen „Wirtschaft“, „Gesellschaft“ und „Ökologie“ zuordnen. Das heißt:

- Indem sie jeweils einen Mechanismus vorgeben, wie sich Angebot und Nachfrage koordinieren lassen, wie die Produktionseinheiten und die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln organisiert sind, wie sich das Verhältnis zwischen den Produktionseinheiten (z.B. Konkurrenz oder Kooperation) gestaltet und welche Aufgaben der Staat ausüben soll, bieten sie Antworten auf die Frage, wie Wohlstand ökonomisch geschaffen und gesichert werden kann (Thieme 2007: 10-11;

Didaktik der „Friedensbildung“ im Kontext der Zeitenwende

Befunde – Herausforderungen – Perspektiven

Gabriele Danninger

1. Einleitung

„Noch lange kein Frieden“, so lautet der Titel des Friedensgutachtens 2023 und es wird konstatiert, dass Krieg sowohl in Europa als auch in vielen Weltregionen das vergangene Jahr wesentlich bestimmt hat. Im öffentlichen Diskurs kann der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine als Zeitenwende klassifiziert werden (Hamilton/Kirchhof/Rödder 2022). Olaf Scholz betont am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine in einer Grundsatzerklärung: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“ (Scholz 2022). Ziel des Beitrages ist es aufzuzeigen, wie sich schulische „Friedensbildung“ im Kontext von Krieg und der von Scholz proklamierten „Zeitenwende“ in Bezug auf relevante Themenbereiche der Politikdidaktik gestalten kann. Fragen der zeitgenössischen Erfahrung einer Zäsur und der Welt im Umbruch ziehen auch in der Schule viele Debatten nach sich (Vajen/Bohnenstengel/Lange 2023). Die Auseinandersetzung mit der Zeitenwende im Politikunterricht kann sowohl in Bezug auf historische und politische Bezüge der aktuellen Ereignisse als auch im Kontext der „Friedensbildung“ erfolgen. „Friedensbildung“ präsentiert sich als umfangreiches, heterogenes Lernfeld, welches grundlegende Anforderungen an das politische Lernen im 21. Jahrhundert im Hinblick auf den politischen Kompetenzerwerb sowie der Vermittlung von Partizipation und Demokratiekultur abbildet. Politische, ökonomische und soziale Folgen des russischen Angriffskrieges sind weltweit spürbar. Internationale Organisationen und Kooperationen werden in globalen



Mag. Dr. Gabriele Danninger MSc

Professorin an der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig und lehrt Politische Bildung an der Universität Wien und an der Donauuniversität Krems/Andrassy Universität Budapest.

Politikfeldern wie der Handelspolitik und im Klimaschutz blockiert und es zeigen sich negative Auswirkungen für die Demokratie, wie zunehmende Polarisierung und Verschwörungserzählungen (Baumgart-Ochse u.a. 2023, 23). Die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung ist von dieser Entwicklung sowie dem Spannungsfeld von Leid, Traumatisierung und Verlusten der ukrainischen Bevölkerung und weiterem Eskalationspotenzial des Krieges über die Grenzen der Kriegsparteien durch den Einsatz von Nuklearwaffen hinaus (Bollfrass/Herzog 2022) grundlegend betroffen und hat einen deutlichen Wandel vollzogen. Dieser Paradigmenwechsel zeigt Grenzen und Handlungsspielräume liberaler Friedensstrategien auf, die in der deutschen Friedensforschung verankert sind und stellt neue Herausforderungen an die zukünftige Friedenspolitik.

Vor diesem Hintergrund werden erstens der politische Diskurs zur Zeitenwende als Umbruch sowie die Kontextualisierung der Didaktik der „Friedensbildung“ im Rahmen der Zeitenwende dargestellt. Zweitens werden Ergebnisse zum Umgang mit Friedenskonzepten, basierend auf Befunden der Unterrichtsforschung, einer durchgeführten qualitativen empirischen Studie in Österreich an einer berufsbildenden höheren Schule (BHS) im Unterrichtsfach „Geschichte und Politische Bildung“ präsentiert. Drittens folgen didaktische Impulse zur nachhaltigen Etablierung des Lernfeldes „Friedensbildung“.

2. Aspekte im politischen Diskurs der Zeitenwende und Relevanz für die Politikdidaktik

Seit dem Jahr 2022 findet der Begriff Zeitenwende zunehmend Verwendung und wird auf den Wandel in der bisherigen Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungs- politik bezogen (Graf 2023, 281). Konkret steht dieser „unter anderem für die Wende in der Politik zahlreicher westlichen Staaten nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ab dem 24.02.2022“ (Heitmann/Heitmann 2023, 5). Für den politikdidaktischen Diskurs wird in diesem Zusammenhang insbesondere die Bedeutung und der Stellenwert des „Friedens“ im Kontext der neuen Sicherheitsarchitektur relevant.

Im historischen Kontext wird Zeitenwende in Bezug auf Zäsur und als Veränderung des Epochenbewusstseins als komplex und vielschichtig verstanden. Hinsichtlich geschichtstheoretischer Grunderkenntnisse repräsentieren Epochenbegriffe subjektive Vorstellungen „des/der ordnenden Historikers/in“, mit Johann Gustav Droysen handelt es sich dabei immer nur um „Betrachtungsformen (...), die der denkende Geist dem empirischen Vorhandenen gibt“ (Droysen 1997, 371). In der Geschichtswissenschaft bezeichnen Zäsuren Wendepunkte innerhalb eines „historischen Kontinuums“, die Bildung eines markanten Punktes und den „sichtbaren Einschnitt in einer geschichtlichen Entwicklung“ (Sabrow 2013). Historische Zäsuren erhalten ihre Rolle im geschichtlichen Denken „nicht im Geschehen selbst, sondern in seiner zeitgenössischen oder nachträglichen Deutung. Sie dienen der subjektiven Ordnung der Geschichte und der Abgrenzung von Zeiteinheiten“ (Sabrow 2023). Es erfolgt

Über: Herfried Münkler (2023) *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*

Klaus Brummer

Die von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte liberale internationale Ordnung steht unter Stress. Zu den Herausforderern gehören Autokratien wie China und Russland. Auch innerhalb der Demokratien des „Westens“ wird die nicht zuletzt auf Regeln und multilateralen Institutionen beruhende Ordnung infrage gestellt, nicht zuletzt von Populisten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welche Richtung(en) sich die gegenwärtige internationale Ordnung entwickeln könnte und welche Akteure hierfür prägend sein werden. Das neueste Werk von Herfried Münkler, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, geht diesen Fragen nach.

Die Grundthese des Bandes lautet: „Wir haben es...mit einem Wandel der Weltordnung zu tun, wie er eigentlich immer wieder stattgefunden hat“ (16). Das ist als Gegenposition zu verstehen gegen eine vermeintlich unerwartete und inhärent negative „Unordnung“ wie sie laut Münkler gegenwärtig wiederholt diagnostiziert werde. Die Feststellung, dass Wandel immer wieder stattfindet, soll diesen jedoch nicht banalisieren. Münkler betitelt sein Buch nicht von ungefähr mit „Welt in Aufruhr“, womit er eine Übergangsphase zwischen unterschiedlichen Konstellationen internationaler Ordnungen meint. Laut Münkler bedeutet der Übergang zu etwas Neuem jedoch nicht, dass man hierfür nichts aus dem „Alten“ lernen könne. Vielmehr ist es sein ausdrückliches Ziel, einen „Blick in die Geschichte“ zu werfen, um auf diese Weise „Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen Gegenwart und Vergangenheit“ zu beobachten und dadurch „Zukünftiges zu antizipieren“ (20) und ganz grundsätzlich „Urteilkraft“ (21) zu entwickeln. Die der Einleitung folgenden sechs Kapitel setzen dieses Ziel in die Tat um.



Prof. Dr. Klaus Brummer

Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Herfried Münkler (2023)

Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert.
Berlin: Rowohlt, 528 S.

